

# Das Gymnasium – zukunftsfähige GEWERkschaftliche Positionen

Erstellt und beschlossen von der Bundesfachgruppe Gymnasium

Verantwortlich: Stephan Mertens

Bearbeitungsstand: im September 2012

1	Zur Rolle des Gymnasiums .....	3
2	Kennzeichen des Gymnasiums in Deutschland.....	6
2.1	Zugang zum Bildungsgang.....	6
2.2	Erprobungszeiten.....	7
2.3	„Sitzenbleiben“ und „Abschulung“ .....	7
2.4	Fächerkanon .....	8
2.5	VERgleichsArbeiten in der 8. Klasse .....	8
2.6	Umgang mit Heterogenität.....	9
2.7	Inklusion .....	9
3	Die Schulzeitverkürzung – eine misslungene Reform .....	12
3.1	Erste Korrekturen.....	12
3.2	Probleme der verkürzten Zeit bis zum Abitur.....	14
3.2.1	Die kürzere Schulzeit beeinträchtigt Bildungschancen.....	14
3.2.2	Die kürzere Schulzeit beeinträchtigt die Lebensgestaltung.....	15
3.2.3	Die kürzere Schulzeit verstärkt die soziale Selektion .....	16
3.2.4	Die kürzere Schulzeit verstärkt Privatisierungstendenzen.....	16
3.3	Forderungen an die Gestaltung der gymnasialen Schulzeit.....	17
3.3.1	Bildungswege offen halten.....	17
3.3.2	Ganzheitliche Bildung ermöglichen.....	18
3.3.3	G8 erfordert die Ganztagschule.....	18
3.3.4	Fokussierung auf Kernfächer verhindern .....	18
3.3.5	Arbeitsbedingungen der Beschäftigten angemessen gestalten.....	18
4	Die allgemeinbildende Oberstufe – Erneuerungen verwirklichen.....	20
4.1	Zum Hintergrund .....	20
4.2	Die Restaurationsbestrebungen .....	22
4.3	Zur Weiterentwicklung in unserem Sinne .....	23
4.4	Eine Schule für alle – auch in der SII ? .....	23

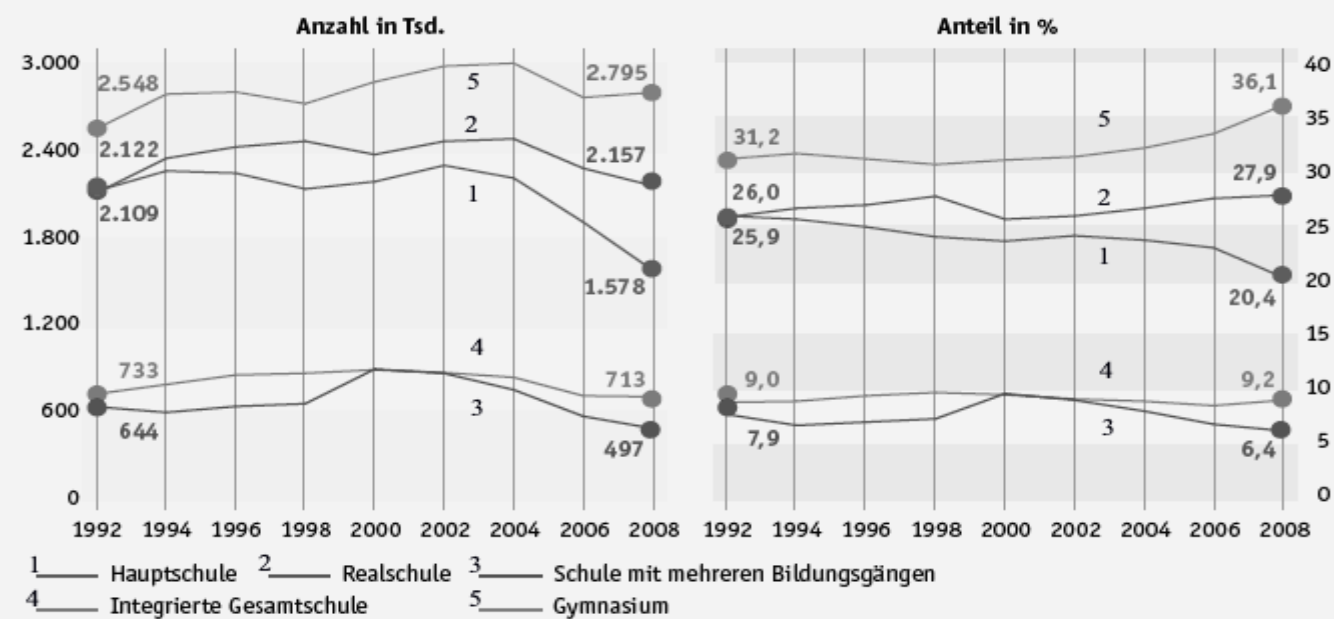
4.5	Die Arbeitsfelder.....	24
4.5.1	Konzepte zur Verbesserung der Studierfähigkeit.....	24
4.5.2	Konzepte für den Weg in die vergleichbare berufliche Ausbildung.....	24
4.5.3	Persönlichkeitsentwicklung als wichtiger Baustein.....	24
4.5.4	Heterogenität –Spagat zwischen Anspruch und Wirklichkeit.....	25
4.5.5	Berufsorientierung stärken und erweitern .....	26
4.5.6	Konkrete Modelle, die Spielräume nutzen.....	27
5	Zentralabitur in Bund und Land .....	29
5.1	Unsere Kritik.....	30
5.1.1	Teaching to the test .....	30
5.1.2	Die Chancengleichheit wird nicht verbessert .....	30
5.1.3	Innovationen werden nicht umgesetzt.....	31
5.1.4	Kommerzialisierung des Bildungswesens .....	32
5.1.5	Unsere Kritik an neuen Vergleichsprüfungen.....	33
5.2	Unsere Positionen zu den Bildungsstandards für die AHR.....	33
5.2.1	Bildungsstandards und dezentrale Prüfungen .....	33
5.2.2	Steuerungswirkung der Bildungsstandards.....	34
5.2.3	Fehlende Relevanz für die Zukunftsbewältigung.....	34
5.2.4	Einseitige Bevorzugung „basaler“ Fächer .....	35
5.3	Unsere Forderungen zur Durchführung der Abiturprüfung .....	35
5.3.1	Fachkompetenz nutzen.....	35
5.3.2	Aufgeblähte und anspruchslöse Aufgaben verhindern.....	36
5.3.3	Transparenz und Vertrauenskultur herstellen .....	36
5.3.4	Mehrbelastung ausgleichen .....	36
5.3.5	Wahlmöglichkeiten schaffen.....	37
6	Schlussbemerkungen.....	39
6.1	Weitere Themen.....	39
6.2	Anmerkung zur Urheberschaft: .....	39

# I Zur Rolle des Gymnasiums

In den schulpolitischen Positionen der GEW, die auf dem Gewerkschaftstag 2001 in Erfurt beschlossen wurden, wird Folgendes festgelegt: „Die GEW orientiert sich an einem Konzept, bei dem verschiedene Wege und Zwischenschritte zur ‚Einen Schule für alle‘ möglich sind. Aufgrund der unterschiedlichen schulgesetzlichen Ausgangslagen und demografischen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern kann es keinen Königsweg zum längeren gemeinsamen Lernen geben. Wo immer es schulpolitisch möglich und durchsetzbar ist, soll der Weg der vollen Integration beschritten werden: über das längere gemeinsame Lernen von Anfang an bzw. über die Ausbreitung integrierter Gesamtschulen.“<sup>1</sup> Seitdem ist dies eine Pflichtaufgabe aller Gremien, Arbeitsbereiche und Landesverbände, die die schulpolitische Arbeit der GEW in ihren Grundanliegen bestimmt.

Auch wenn die zentrale schulpolitische Leitidee der GEW die „Eine Schule für alle“ ist, müssen wir die Gegebenheiten im föderal gestalteten Schulbereich im Blick halten, die nicht oder nur bedingt zum längeren gemeinsamen Lernen führen. Bundesweit zeichnen sich auch in konservativ geführten Bundesländern eher Entwicklungen zu verschiedenen „Zwei-Säulen-Modellen“ ab<sup>2</sup>, bei denen das Gymnasium eines der beiden tragenden Elemente darstellt. Hierzu gibt es sowohl in den Bundesländern als auch auf Bundesebene ausdrückliche Forderungen.<sup>3</sup>

**Abb. D1-1: Absolute und prozentuale Verteilung der Schülerinnen und Schüler in Jahrgangsstufe 8 auf die Schularten\* 1992 bis 2008**



\* Ohne Orientierungsstufe, Freie Waldorfschule und Förderschule  
 Quelle: Sekretariat der KMK (2010), Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1999 bis 2008, eigene Darstellung

<sup>1</sup> Bildung braucht Zukunft - Schulpolitische Positionen der GEW S. 24  
<sup>2</sup> Dies trifft auf Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Berlin und in verschiedener Weise auf die östlichen Bundesländer zu. Beide Schulformen vergeben alle allgemeinbildenden schulischen Abschlüsse.  
<sup>3</sup> Im HV-Beschluss 094/12 vom 16./17.3.2012 „Aktuelle schulpolitische Positionierung“ wird festgestellt: „Integrierte Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen sind geeignet, das selektive deutsche Schulmodell generell in Frage zu stellen und zumindest teilweise zu überwinden. [...] Für die GEW ist ein zweigliedriges Schulmodell keine schulpolitische Zielperspektive. Dort, wo zweigliedrige [...] Modelle eingerichtet worden sind, dringt die GEW darauf, dass auf die Zuweisung der Schullaufbahn, auf Bildungsgangempfehlungen, unfreiwillige Klassenwiederholungen und Schulformwechsel verzichtet wird [...]“

Im 3. nationalen Bildungsbericht 2010 stellen die Autoren fest: „Seit mehr als drei Jahrzehnten konzentriert sich die Schuldiskussion auf den Sekundarbereich I und die Frage nach dem Verhältnis von gemeinsamer Förderung und Integration von Schülern sowie einer sachgerechten Differenzierung nach Befähigung und Leistung. Neue Impulse bekam die Diskussion durch die strukturellen Neuerungen in den ostdeutschen Ländern, die seit der Wiedervereinigung ein Schulwesen gestalten, das in der Regel aus dem Gymnasium und einer weiteren Schulart mit Haupt- und Realschulbildungsgang besteht. Zugleich gibt es einen anhaltenden Trend zum Gymnasium (Abb. D1-1), der einzigen durchgängig in allen Ländern anzutreffenden Schulart. Aber auch das Gymnasium befindet sich derzeit in einem Umgestaltungsprozess.“

Zum Thema G 8 stellt der Bildungsbericht fest: „Für die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler ist die G8-Umstellung mit einer zeitlichen Mehrbelastung verbunden, die sich auch auf außerschulische Aktivitäten auswirken könnte. Es bleibt abzuwarten, ob der Trend zum Gymnasium weiter anhält oder sich ein Ausweichen auf andere Schularten zeigt, die das Abitur nach 13 Schuljahren anbieten.“<sup>4</sup>

Im Jahr 2010/11 stammten die ca. 346.000 Schülerinnen und Schüler des ersten Jahres der Oberstufe (Einführungsphase) an den Gymnasien zu etwa 94% aus der Mittelstufe dieser Schulform, was die weitgehend ungebrochene Rolle des Gymnasiums als die vorrangige ohne Schulformwechsel zur allgemeinen Hochschulreife führende Schulform verdeutlicht.<sup>5</sup>

Ein weiteres Indiz für die große bildungspolitische Bedeutung der Oberstufe des Gymnasiums zeigt sich darin, dass von den 316.000 Jugendlichen, die im Jahr 2010 die Allgemeine Hochschulreife erworben haben, 75,6% dies in einem gymnasialen Bildungsgang (G8: 8,4%, G9: 67,2%) erreicht haben. Diese Quote ist laut der jeweiligen Bildungsberichte seit dem Jahr 2004 trotz einer Steigerung der Abiturientenzahlen um 20% etwa konstant geblieben.<sup>6</sup>

Abschlussart/Schulart	2004		2010	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
<i>Mit allgemeiner Hochschulreife</i>	263.509	100,0	316.223	100,0
Gymnasien (G8)			26.659	8,4
Gymnasien (G9)	202.162	76,7	212.388	67,2
Integrierte Gesamtschulen	16.098	6,1	20.288	6,4
Freie Waldorfschulen	2.373	0,9	2.829	0,9
Förderschulen	62	0,0	68	0,0
Abendgymnasien	2.445	0,9	2.569	0,8
Kollegs	3.010	1,1	3.049	1,0
Externe (Schulfremdenprüfungen)	245	0,1	344	0,1
Fachoberschulen	611	0,2	2.940	0,9
Fachgymnasien	28.896	11,0	40.365	12,8
Berufsoberschulen/Techn. Oberschulen	2.926	1,1	4.653	1,5
Teilzeit-Berufsschulen (Duales System)	–	–	0	0,0
Berufsfachschulen	4.630	1,8	30	0,0
Fach-/Berufsakademien	51	0,0	41	0,0

<sup>4</sup> Bildung in Deutschland 2010 S. 63

<sup>5</sup> Schulen auf einen Blick S. 29: „Der Anteil der Schülerinnen und Schüler [...] lag im Bundesländervergleich zwischen 70% und 99%. [...] Der große Unterschied ist auch auf die unterschiedliche Schulstruktur [...] zurückzuführen.“

<sup>6</sup> Auszug aus: [http://www.bildungsbericht.de/daten2012/d7\\_2012.xls#Tab.D7-2A!A1](http://www.bildungsbericht.de/daten2012/d7_2012.xls#Tab.D7-2A!A1)

Deshalb muss sich die GEW mit dem Thema Gymnasium befassen und die Interessen der Beschäftigten dieser Schulform aktiv vertreten. Gerade hier hat es aufgrund des Trends zum Gymnasium viele Neueinstellungen in den Vorbereitungsdienst und in den Schuldienst gegeben. Die Tatsache, dass in den meisten Bundesländern mehr als 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule den gymnasialen Bildungsgang aufnehmen, deren Eltern also diese Schulform bevorzugt wählen, muss dazu führen, die Arbeit am Gymnasium kritisch zu begleiten und an der pädagogischen Weiterentwicklung mitzuarbeiten. Neben den schulstrukturellen und organisatorischen Fragen (Einführungsphase, Schulzeit, Abiturprüfung) muss in Anbetracht der größer werdenden Heterogenität der Schülerschaft auch der konstruktive Umgang mit dieser Vielfalt im Sinne eines individuellen Förderns voran gebracht werden.

---

### **Verwendetes Material**

- [1] Bildung braucht Zukunft - Schulpolitische Positionen der GEW Beschluss des Gewerkschaftstages vom 05. bis 09. Mai 2001 in Lübeck, Broschüre herausgegeben im Juli 2002, verantwortlich Marianne Demmer
- [2] Bildung in Deutschland 2010 - Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2010
- [3] Schulen auf einen Blick – Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012

## 2 Kennzeichen des Gymnasiums in Deutschland

Trotz aller Verschiedenheiten in der Ausprägung in den Bundesländern werden im Folgenden grundlegende Merkmale zusammengestellt und kommentiert, die übergreifend gymnasialspezifisch sind. Es soll deutlich werden, was das Gymnasium von anderen Schulformen unterscheidet, die ggf. mit einem Schulwechsel ebenfalls zur allgemeinen Hochschulreife führen.

### 2.1 Zugang zum Bildungsgang

Am Ende der Grundschulzeit, die in fast allen Bundesländern nach 4 Schuljahren erreicht wird, - in Berlin und Brandenburg dauert die Grundschulzeit 6 Jahre - geben die einen Schüler oder eine Schülerin unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer eine begründete Empfehlung über die Fortsetzung der Schullaufbahn. Neben der Möglichkeit des Besuchs einer „integrierten Schulform“ wird mehr oder weniger verbindlich die Eignung bzw. die fehlende Eignung für den Besuch des Gymnasiums ausgesprochen. Inzwischen ist in vielen, aber nicht allen Schulgesetzen der Bundesländer das Elternrecht auf Schulwahl so verankert, dass sich Eltern über die nicht ausgesprochene Empfehlung für das Gymnasium hinwegsetzen können. Aus soziologischen Analysen ist bekannt, dass die Empfehlung zu oft, wenn auch unbewusst, vom gesellschaftlichen Status der Eltern abhängt. Dies zeigt sich auch an den großen Unterschieden in den Übergangsquoten zwischen ländlichen und städtischen Regionen sowie innerhalb großer Städte an den Unterschieden zwischen verschiedenen Stadtteilen.

Zugangsbeschränkung durch Noten	Sachsen <sup>7</sup> , Bayern <sup>8</sup>
Schriftliche Empfehlung und Beratung mit Elternwahlrecht	Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Baden-Württemberg (ab 2012), Niedersachsen, Berlin, Hamburg, Saarland
Freies Elternwahlrecht	Thüringen

### Viele Eltern folgen allerdings der gegebenen Empfehlung.

Die Übergangsquoten von der Grundschule auf das Gymnasium des Schuljahres 2008/09 (deutschlandweit 41,3%) werden in der nachfolgenden Übersicht für alle Bundesländer dargestellt.<sup>9</sup> Die Daten stammen aus dem Bildungsbericht 2010. [5] (Tab. D1-3A aus [5])

---

<sup>7</sup> Die Notengrenze für den Zugang zum Gymnasium wurde zum Schuljahr 2011/12 von 2,5 auf 2,0 festgesetzt.

<sup>8</sup> Elternwahlrecht beim Übertritt:

- Fall 1: 4. Klasse Übertrittszeugnis Notenschnitt aus D, M und HSU (Heimat- und Sachunterricht) 2,33 oder besser.  
Rechtsfolge: Übertrittsempfehlung ans Gymnasium / Übertritt möglich
- Fall 2: 4. Klasse Übertrittszeugnis schlechter als 2,33.  
Rechtsfolge: Probeunterricht (3 Tage mit schriftlichem und mündlichem Anteil) am Gymnasium in M und D.  
Unterfall a) Note 3 und 4 oder besser. Probeunterricht bestanden, Übertritt möglich.  
b) Noten 4 und 4: Übertritt bei Elternwille möglich.  
c) eine schlechtere Note: kein Übertritt möglich

Quelle: <http://www.km.bayern.de/eltern/schularten/uebertritt-schulartwechsel.html>

BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV
39,2% 40,9% <sup>10</sup>	39,1%	49,4%	46,4%	50,5%	50,9% 53% <sup>11</sup>	44,3%	43,3%
NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
43,4%	38,9% 40% [2]	41,2% 40% [3]	38,7%	46,2%	46,1%	39,1%	45,0%

## 2.2 Erprobungszeiten

Die ersten beiden Jahre des Gymnasiums unterliegen als Erprobungs-, Beobachtungs-, Förder- bzw. Orientierungsstufe einigen besonderen Regelungen. Es gibt in vielen Bundesländern kein Sitzenbleiben in dieser Zeit, allerdings können Schülerinnen und Schüler am Ende dieser Stufe an andere Schulformen überwiesen werden. In besonderen Fällen oder auf Antrag der Eltern ist auch in der Orientierungsstufe ein Übergang an eine andere Schulform möglich. In den letzten Jahren gingen viele Bundesländer von der Idee der Orientierungsstufe ab, nicht zuletzt aufgrund des Drucks der Einführung von G 8. Die Orientierungsstufe existiert z.B. in Baden-Württemberg faktisch nicht. Die Bildungsgänge und Fächer sind für Gy/RS/HS mittlerweile kaum vergleichbar. In Bundesländern, die in 7 und 8 keine Klassenwiederholung zulassen, wird der Übergang aus der Klasse 6 in die Klasse 7 zu einer entscheidenden selektierenden Hürde in der Schullaufbahn.

## 2.3 „Sitzenbleiben“ und „Abschulung“

Trotz des Anspruchs „kein Kind zurückzulassen“ führen die strikten Versetzungsregelungen und die hohen Anforderungen am Gymnasium immer noch zu einer nicht unerheblichen Zahl an Nichtversetzungen, Schulwechslern oder Schulabgängern ohne Abschluss. Schon in Klasse 8 ist die bundesweite Gymnasialquote auf 36 % (Klasse 5: 41 %) gesunken.<sup>12</sup> Einige Bundesländer haben in diesem Bereich Regelungen getroffen, Sitzenbleiben und Abgehen ohne Schulabschluss zu verbieten oder zu vermeiden - mit mehr oder weniger Erfolg.<sup>13</sup> Diese rein rechtlichen Regelungen werden ohne entsprechende vorbeugende Unterstützungsmaßnahmen keine Abhilfe schaffen. Es sind vielfältige Maßnahmen des individuellen Förderns und Strukturen der inneren und äußeren Laufbahndifferenzierung notwendig.

<sup>9</sup> „Übergang vom Primarbereich in den Sekundarbereich I

Die Übergangsquoten auf die weiterführenden Schularten nach der Grundschule bestätigen auch für die Fünftklässler 2008/09 den oben beschriebenen Trend steigender Gymnasial- und sinkender Hauptschulanteile. In zwölf Ländern besucht der größte Anteil der Schülerinnen und Schüler im Anschluss an die Grundschule das Gymnasium. Auch in Bayern gingen erstmals mehr Grundschüler auf ein Gymnasium über als auf eine Hauptschule. Nur noch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verzeichnet die jeweilige Schulart mit mehreren Bildungsgängen die meisten Übergänge. In den drei Stadtstaaten entfällt inzwischen die Hälfte aller Grundschulübergänge auf den gymnasialen Bildungsweg.“ [5] S. 64 f.

<sup>10</sup> Aus: Amtliche Schulstatistik des Statistischen Landesamtes BW

<sup>11</sup> Pressemitteilung vom 9.2.2012 durch Schulsenator Ties Rabe auf [www.hamburg.de](http://www.hamburg.de): „Die Anteile von Stadtteilschulen und Gymnasien bei den Anmeldungen für die 5. Klassen sind stabil bei 46 und 53 Prozent. Erfahrungsgemäß kehrt sich dieses Verhältnis in Klasse 7 zugunsten der Stadtteilschulen um.“

<sup>12</sup> Siehe Abb DI-I in Kapitel I

<sup>13</sup> In Hamburg, Schleswig-Holstein ist die Klassenwiederholung in der 7. und 8. Stufe völlig ausgeschlossen.

## 2.4 Fächerkanon

Neben einem allgemeinen Unterrichtskanon, der auf einer klassischen fachlichen Spezialisierung der Lehrerinnen und Lehrer aufbaut und nur in wenigen Fällen oder Bereichen fachfremden, fächerverbindenden oder fächerintegrierenden Unterricht vorsieht, ist der Lehrplan durch die verpflichtende Belegung einer 2. Fremdsprache (Englisch – sofern nicht erste FS, Latein, Französisch, Spanisch ...) ab Klasse 5 oder 6 gekennzeichnet. Diese Sprache kann dann in der Oberstufe fortgesetzt werden. Die Wahl einer dritten (oder sogar vierten) Fremdsprache ist ebenfalls oft noch möglich. Darüber hinaus gibt es viele Gymnasien mit besonderen Profilen: z.B. Sportgymnasien, Altsprachliche Gymnasien, Bilinguale Gymnasien, Gymnasien mit musischen Schwerpunkten).

## 2.5 VERgleichsArbeiten in der 8. Klasse

Seit dem Schuljahr 2006/7 finden in den meisten Bundesländern ländergemeinsame Vergleichsarbeiten (VERA) statt, deren Ziele im Jahr 2011 vom Ministerium für Schule und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen in [8] wie folgt formuliert werden:

- „- Feststellung des Lern- und Förderbedarfs in den überprüften fachlichen Bereichen,
- Weiterentwicklung des Unterrichts und der schulischen Arbeit,
- Standardüberprüfung und Qualitätssicherung,
- Unterstützung der Umsetzung der Kernlehrpläne und nationalen Bildungsstandards,
- Stärkung der diagnostischen Kompetenz von Lehrkräften,
- Bereitstellung von ergänzenden Informationen für die schulübergreifende Qualitätssicherung,
- Sicherung der Transparenz über Teilbereiche der schulischen Arbeit für alle am Schulleben Beteiligten.“

Nach vielfältiger Kritik aus den Schulen und der GEW wurden in diesem Jahr einige Veränderungen von der KMK vereinbart, die in Bezug auf die Ziele in [9] so formuliert werden:

- „Die zentrale Funktion von VERA als einem von vier Elementen der Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz zum Bildungsmonitoring liegt in der Unterrichts- und Schulentwicklung jeder einzelnen Schule. Hinzu kommt die wichtige Vermittlungsfunktion, die VERA für die Einführung der zentralen fachlichen und fachdidaktischen Konzepte der Bildungsstandards hat. Um diese Zielsetzung unter den beiden Perspektiven zu gewährleisten,
- sehen die Länder von einer Veröffentlichung von VERA-Ergebnissen einzelner Schulen grundsätzlich ab, [...]
  - ist keine Benotung von VERA vorgesehen, da VERA die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern unabhängig von unmittelbar vorgeschalteten unterrichtlichen Lernprozessen und curricularen Vorgaben testet.
  - kann für die Arbeit der Schulaufsicht und/ oder Schulinspektion die Einsicht in VERA-Ergebnisse auf Schul- und Klassenebene sinnvoll sein.“

Auch wenn die Durchführung der Lernstandserhebungen mit den angelieferten Testheften und die Bewältigung der Aufgaben an den Gymnasien wohl auch wegen der soziologischen Struktur der Schülerschaft insgesamt keine grundsätzlichen Schwierigkeiten aufgeworfen hat, werden diese von den Beschäftigten als zu aufwändig und zu wirkungslos betrachtet. Die Aufgaben werden oft als



unpassend und wegen der Notwendigkeit der leichten Auswertbarkeit als zu technisch empfunden. Teillösungen oder abweichende kluge Lösungen werden nicht erkannt. Insgesamt fehlen sowohl die zeitlichen Ressourcen als auch die diagnostischen Kompetenzen und die Unterstützungsangebote, um die durchaus brauchbaren Testergebnisse gezielt für die Unterrichtsentwicklung nutzbar zu machen.

## 2.6 Umgang mit Heterogenität

Während der gesamten Sekundarstufe I bleiben die Schülerinnen und Schüler in ihrem Klassenverband oder in ihren Wahllerngruppen (Religion, Fremdsprachen, Wahlpflichtbereiche) zusammen. Es gibt keine äußere Differenzierung nach Leistungsniveaus. Es wird noch oft fälschlicherweise unterstellt, dass die Lerngruppen an Gymnasien eine hohe Homogenität haben.

Leistungsschwächere oder anders lernende Schülerinnen und Schüler werden möglichst in „Förderkursen“ wieder an den durchschnittlichen Leistungsstand herangeführt. Sehr oft landet diese Aufgabe bei Nachhilfeeinrichtungen z.B. schulinternen Tutoren, Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, schulexterne Nachhilfelehrerinnen und -lehrer oder Nachhilfeschulen. Dadurch wird die soziale Benachteiligung verstärkt.

Mit dem Argument, das Gymnasium bilde nur einen Bildungsgang ab, werden seitens der Ministerien ausreichende Fördermittel für Differenzierung zumeist verweigert.

Besondere Interessen und Leistungen werden durch Wettbewerbe, Arbeitsgemeinschaften oder die Teilnahme am Unterricht höherer Klassen gefördert. Besondere Formen der „Hochbegabtenförderung“ sind das Drehtürmodell, bei dem z.B. die beiden in der Schule angebotenen zweiten Fremdsprachen durch die halbierte Teilnahme an den beiden Lerngruppen parallel gelernt werden, die Teilnahme am Fachunterricht höherer Klassen, das Überspringen einer Klasse und die frühe Teilnahme an regulären oder besonderen Hochschulveranstaltungen.

Obwohl auch die Gymnasien verschiedene Schulabschlüsse vergeben, ist das Abitur als Zielorientierung bei allen Beteiligten dominant. Zieldifferentes Arbeiten ist organisatorisch nicht vorgesehen und somit wenig verbreitet.

## 2.7 Inklusion

„Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat nach langen internen Diskussionen im Februar 2011 einen Entwurf [...] beschlossen“, der „trägt nun die Überschrift *Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Schulen* [...]“<sup>14</sup>. Im Verbund mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesregierung und vielfältige Beschlüsse in den Bundesländern haben nun Kinder mit Behinderung prinzipiell das Recht an der allgemeinen Schule ihrer Wahl also auch an einem Gymnasium unterrichtet zu werden. Aus den Statistiken der KMK<sup>15</sup> für das Schuljahr 2009/10 geht hervor, dass durchschnittlich etwa 5% aller inklusiv unterrichteten Kinder – dies sind 20% aller sonderpädagogisch zu fördernder Kinder - an Gymnasien unterrichtet werden (Gesamtschulen 16%, Schulen mit mehreren Bildungsgängen 19%, Hauptschulen 39%). Dies dürfte zumeist auf das besondere Engagement einzelner Schulen oder Lehrkräften zurückzuführen sein, die sich dieser anspruchsvollen Aufgabe gewidmet haben. Eine genauere Analyse müss-

---

<sup>14</sup> <http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Bildung/AllgBildung/Anhoerungstext-Entwurf-2010-12-03-205-AK.pdf>

<sup>15</sup> Tabelle 2.6, Sonderpädagogische Förderung in allgemeinen Schulen 2009/10, Berlin 22.12.2010

## 6 Schlussbemerkungen

Im vorgelegten Positionspapier haben wir uns als Bundesfachgruppe Gymnasium schwerpunktmäßig mit denjenigen Themen befasst, die unsere Arbeit in besonderer Weise betreffen und von anderen Schulformen und Bildungsbereichen nur teilweise oder gar nicht bearbeitet werden. Uns ist dabei daran gelegen, den Mitgliedern unserer Fachgruppe in den Bundesländern und den anderen Gremien der GEW eine nachvollziehbare und klare Positionierung vorzulegen, die mit den schulpolitischen Grundsatzbeschlüssen der GEW-Bund kompatibel ist, und innerhalb der Gesamtorganisation zu einer sachgerechten Beschlusslage in diesen Themenfeldern beizutragen. Dies verstehen wir auch als ein Element der Mitgliederbindung und –werbung für die GEW-Mitglieder an unserer Schulform.

### 6.1 Weitere Themen

Darüber hinaus gibt es viele Themen und Arbeitsfelder, die wir eher am Rande begleiten, weil sie von anderen federführend vorangebracht werden, die wir gemeinsam mit anderen Fachgruppen oder als Teil größerer Veranstaltungen z.B. auf der Tagung zur Inklusion im Jahr 2010 in Hamburg oder zur Lehrerbildung im Jahr 2012 in Hannover diskutiert haben und weiter diskutieren oder die auf Grund früherer, aktueller oder zukünftiger Beschlüsse der GEW-Gremien schon eine Beschlusslage haben.

Solche Themen sind

- Berufswahlorientierung und –vorbereitung
- Arbeitswelt- und Lebensweltorientierung
- EQR, DQR
- Übergänge aus der Grundschule in die Sekundarschulen
- Übergänge in Hochschule und Arbeitswelt
- Studierfähigkeit
- Inklusion
- VERA – zentrale Prüfungen in der Sekundarstufe
- Schulstruktur – Zweigliedrigkeit
- Privatisierung

### 6.2 Anmerkung zur Urheberschaft:

Dieses Positionspapier ist die im Laufe der aktuellen Wahlperiode 2009 - 2013 im Rahmen mehrerer Sitzungen entstandene umfassende Weiterentwicklung früherer in der Bundesfachgruppe Gymnasium erstellter Entwürfe oder Beschlüsse. Von dort übernommene Textpassagen, Textstrukturen oder Textgliederungen werden nicht als Zitate gekennzeichnet, da sie in unserer Urheberschaft liegen und in der mehrfachen Überarbeitung nicht nachvollziehbar eingefügt und geändert wurden. Andere nach dem Abschnittsende benannte Quellen ohne konkrete Zitierungen wurden als Diskussionsanregungen genutzt, um die eigenen Ideen und Vorstellungen durch weitere Aspekte zu ergänzen. Wörtliche Zitate sind natürlich entsprechend gekennzeichnet.